

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

12.3.1910 (No. 70)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 12. März

No 70

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanruf Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 1. März d. J. gnädigt bewogen gefunden, den nachgenannten Offizieren des Königlich Bayerischen 8. Infanterieregiments Großherzog Friedrich II. von Baden Höchstihren Orden vom Zähringer Löwen zu verleihen und zwar:

a) das Ritterkreuz erster Klasse:

dem Major und Bataillonskommandeur Lothar Sauter;

b) das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub:

dem Hauptmann und Kompagniechef Philipp Ascher;

c) das Ritterkreuz zweiter Klasse:

dem Oberleutnant August Götz.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 10. März d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem Landgerichtspräsidenten Dr. Otto Kern in Waldshut das Kommandeurkreuz zweiter Klasse Höchstihres Ordens Verthold des Ersten zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewogen gefunden, dem Fabrikbesitzer Dr. Karl Lanz in Mannheim die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ehren-Komturkreuzes des Großh. Oberrheinischen Gaus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 10. März d. J. gnädigt geruht:

den vortragenden Rat im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geheimen Oberregierungsrat Dr. Franz Böhm, zum Ministerialdirektor in dem genannten Ministerium,

den Oberlandesgerichtsrat Wilhelm Freiherrn Marschall von Bieberstein und den I. Staatsanwalt Viktor Schwörer in Konstanz, ersteren unter Verleihung des Titels Geheimen Oberregierungsrat, letzteren unter Verleihung des Titels Ministerialrat, zu vortragenden Räten im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts zu ernennen,

dem mit Verleihung der Stelle eines vortragenden Rats im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts betrauten Hilfsreferenten dieses Ministeriums Dr. Friedrich Schmidt den Titel Regierungsrat zu verleihen,

den vortragenden Rat im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geheimen Oberregierungsrat Hermann Buch zum Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht und den Landgerichtsrat Alfred Vöhler in Konstanz zum Oberlandesgerichtsrat zu ernennen,

den Landgerichtspräsidenten Dr. Otto Kern in Waldshut unter Anerkennung seiner langjährigen, treuen und erproblichen Dienste seinem untertänigsten Ansuchen entsprechend auf 1. April d. J. in den Ruhestand zu versetzen,

den Oberlandesgerichtsrat Otto Balli zum Landgerichtspräsidenten in Waldshut,

den Oberamtsrichter Karl Haager in Eppingen zum Landgerichtsrat in Mosbach zu ernennen und

den Landgerichtsrat Gustav Brugier in Mosbach unter gleichzeitiger Enthebung von seiner Stellung als Untersuchungsrichter beim Landgericht daselbst in gleicher Eigenschaft nach Konstanz zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 3. März d. J. gnädigt geruht, den Vorstand der Bahnbauinspektion II Basel, Baurat Friedrich Wenner, auf sein untertänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 3. März l. J. gnädigt geruht, den Vorstand der Güterverwaltung Pforzheim, Güterinspektor Hermann Buhlinger, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 2. Februar d. J. wird der charakterisierte Postsekretär Friedrich Gellert aus Wiesloch beim Postsekretariat dahier mit Wirkung vom 1. April d. J. etatmäßig angestellt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die Mannesmann-Angelegenheit.

* Berlin, 10. März. Die Budgetkommission des Reichstags setzte heute die Besprechung der Mannesmann-Angelegenheit fort. Ein Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei erklärte, die Veröffentlichung des Weißbuchs schädigte die Mannesmannschen Interessen. Über die Konzessionsurkunde hatte die deutsche Regierung eine andere als die gestern mitgeteilte Auffassung. Den jetzigen Standpunkt zu ändern, könne man dem Auswärtigen Amt nicht zumuten. Er hoffe auf eine Verständigung. Die Budgetkommission möge diese Erwartung in einer Resolution ausdrücken. Ein nationalliberaler Abgeordneter erklärte, vor der Veröffentlichung des Weißbuchs hätte man sich an ein Schiedsgericht wenden sollen. Eine absolute Unrichtigkeit des marokkanischen Berggesetzes sei nicht nachgewiesen; die Forderungen an den Sultan müßten aufrecht erhalten werden. Die Brüder Mannesmann hätten mit den eigenen Interessen die deutschen Interessen zu wahren gesucht. Das Auswärtige Amt müsse seinen Fehler wieder gut machen. Ein anderes Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei begrüßte die vorgeschlagene Einsetzung eines Schiedsgerichts. In einem Monopol Mannesmann hätten wir kein Interesse. Ein Sozialdemokrat wies den Versuch eines nationalliberalen Blattes, den Staatssekretär des Verkehrs mit sozialdemokratischen Abgeordneten zu denunzieren, zurück.

Der Staatssekretär des Auswärtigen, Frhr. v. Schoen, erklärte, das Weißbuch habe nicht die Mannesmannschen Interessen geschädigt, weil sein Inhalt und noch weit mehr den Gegnern Mannesmanns und den fremden Regierungen bekannt gewesen sei. Das Weißbuch sei veröffentlicht worden, weil das Auswärtige Amt genötigt war, den leidenschaftlichen Angriffen gegenüber seine Stellung zu bewahren. An dem Gerücht, der deutsche Botschafter habe privatim erklärt, die Sympathien der deutschen Regierung ständen mehr auf Seiten der Union des Mines, sei kein wahres Wort. Ebenso entschieden müsse er gegen die Vorwürfe gegen den Konjul Vassel Verwahrung einlegen, der nur seine Pflicht tat, als er auf den zweifelhaften Charakter der Angelegenheit aufmerksam machte. Unrichtig sei, daß Vassel seine Berichte aus einer reizbaren, nervösen Stimmung heraus geschrieben habe. Zu einem Zweifel, ob Freiherr von Wangenheim ausreichend informiert gewesen sei, sei kein Anlaß. Die Herbeiführung des Beschlusses des Diplomatischen Corps vom 20. August 1908 habe die den Interessen Deutschlands und der Gebrüder Mannesmann drohende Gefahr abgewandt. Die spanische Regierung, das Ministerium Morel, selber habe der deutschen Regierung erklärt, sie seien in allen Punkten der Minenfrage mit dem Inhalt des Weißbuchs einverstanden. Das Auswärtige Amt sei bereit zu Beratungen über ein Berggesetz, die Brüder Mannesmann, die sich aber bisher ablehnend verhielten, vertraulich hinzuzuziehen.

Ein Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei legte eine Resolution vor, die die Regierung verpflichten soll, die Mannesmann-Interessen mit allem Nachdruck wahrzunehmen. Ein Änderungsantrag der wirtschaftlichen Vereinigung will die Resolution etwas anders formulieren und die Verpflichtungen der Gebrüder Mannesmann schärfer betonen. Gegen beide wandte sich ein Mitglied der Reichspartei. Ein nationalliberaler Abgeordneter hält die Mannesmannschen Ansprüche für zu Recht bestehend und wünscht statt der Resolution eine formulierte Erklärung des Staatssekretärs.

Staatssekretär Freiherr v. Schoen erklärte darauf, nach seiner persönlichen Auffassung sei zu befürchten, daß die Resolution, wie sie auch laute, die Verhandlungen zwischen den Regierungen und unter den Interessenten erschweren, sogar gefährden würde. Dadurch würde auch ein Anreiz gegeben, daß andere Parlamente Beschlüsse fassen, die ein Zusammengehen nicht förderten, sondern Differenzen schüfen. Würde nicht durch eine Verständigung unter den Regierungen ein Berggesetz erreicht, so träte der alte Zustand des Wirrwars in Marokko, der Kampf aller gegen alle, ein, wobei die deutschen Interessen schwere Gefahr liefen und als Ende vom Liede keine einzige Tonne Erz nach Deutschland käme. Der Staatssekretär erklärte nochmals nachdrücklich, die Regierung sei entschlossen, die deutschen Interessen und deutschen Rechte in

(Mit einer Landtagsbeilage.)

jeder Weise zu wahren innerhalb der durch internationale Abmachungen und Vertragstreue gezogenen Grenzen.

Die von der fortschrittlichen Volkspartei vorgeschlagene Resolution wurde zurückgezogen, der Änderungsantrag der wirtschaftlichen Vereinigung dagegen wurde aufrecht erhalten und begründet. Nächste Sitzung Freitag.

(Telegramm.)

* Berlin, 11. März. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wies Unterstaatssekretär Stenrich verschiedene Einwände zurück, die gegen die Politik der Regierung in Sachen der marokkanischen Konzessionen erhoben worden seien. Die französische Regierung beobachte gegenüber Monopolbestrebungen dieselbe Haltung wie die deutsche und auch Spanien habe sich bezüglich der Rifminen dem deutschen Standpunkte gefügt. Die Ansichten über den Wert der marokkanischen Minenschätze gingen diametral auseinander, aber eine Gesellschaft, die 60 Quadratkilometer beanspruche, werde jedenfalls das Recht auf freien Wettbewerb illusorisch machen. Die Verhandlungen über das Berggesetz würden nach Ostern wieder aufgenommen werden. Der Staatssekretär Freiherr von Schoen gab hierauf folgende Erklärung im Auftrage des Reichskanzlers ab: Das Auswärtige Amt hält an der Rechtsauffassung fest, die seiner bisherigen Behandlung der deutschen Bergwerksinteressen in Marokko zu Grunde lagen. Diesen Interessen wird umso nachdrücklicher Schutz und Förderung gewährt werden können, je mehr die deutschen Interessenten mit der Reichsregierung Hand in Hand gehen. — Der Vorsitzende Freiherr von Gamp erklärte, daß eine Einigung erzielt sei, daß die Kommission die Erwartung hege, daß das Auswärtige Amt die großen wirtschaftlichen Interessen, die in Frage stehen, nachdrücklich wahren werde. Damit ist die Angelegenheit erledigt. Die Kommission geht sodann zur Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes über.

Die preußische Wahlrechtsvorlage.

(Telegramme.)

* Berlin, 11. März. Abgeordnetenhaus. Am Ministertisch Minister des Innern v. Nolcke.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung der Wahlrechtsvorlage.

Ein Antrag Kronjohn (frei. Vpt.) verlangt Einführung des direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts, und ein Antrag Sobrecht (natl.) Einführung der geheimen und direkten Wahl. Die Sozialdemokraten wollen das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Personen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts einführen.

Zunächst findet eine allgemeine Besprechung statt. Berichterstatter Dr. Bell (Ztr.) erstattet eine ausführlichen Bericht über die Kommissionsverhandlungen.

Abg. Hirsch (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei und wendet sich dann gegen den Antrag der Nationalliberalen und schließt, wir werden das Volk zur Empörung auffrischen.

Abg. v. Nischhofen (kons.) wendet sich scharf gegen die Ausführungen des Vorredners.

Ministerpräsident von Bethmann Hollweg betritt den Saal. Abg. v. Nischhofen fortfahrend: Was die Sozialdemokraten wollen, ist Zuchthaustaktik.

Abg. Friedberg (natl.): Meine Freunde sind für ein abgestuftes Wahlrecht. Wir werden den sozialdemokratischen Antrag ablehnen.

Abg. Fischbeck (fortschr. Vpt.): Wir sind für die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab.

Abg. Gerold (Zentr.): Wir werden ebenfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen und unsere Stellung während der Einzelberatung auseinandersetzen.

Darauf wird die allgemeine Besprechung geschlossen. Die §§ 1-3, welche Bestimmungen über das aktive und passive Wahlrecht enthalten, werden ohne Debatte angenommen.

Zu § 4 Geheime Wahl von Wahlmännern und öffentliche Wahl der Abgeordneten beantragen die Konserverativen die Öffentlichkeit der Wahlen auch für die Wahl der Wahlmänner.

Abg. Freiherr v. Hedlitz (freikons.) spricht sich für den Antrag aus, die Nationalliberalen, das Zentrum und die übrigen Parteien dagegen. In namentlicher Abstim-

mung wird sodann der konservative Antrag mit 124 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Der Abstimmung enthalten sich 89 Abgeordnete.

Abg. Freiherr v. Nitzsch: Die Nationalliberalen haben den Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt und dann den Saal verlassen. Durch eine derartige Taktik wird uns ein Zusammenarbeiten mit dieser Partei außerordentlich erschwert.

Abg. Friedberg (natl.): Wir lehnen die Kommissionsbeschlüsse zu § 4 ab, weil wir an der direkten Wahl der Regierungsvorlage festhalten. Wir treten außerdem entschieden für die geheime Wahl auch bei den Wahlen der Abgeordneten ein und beantragen ferner Streichung der Maximierung und Erhöhung des Satzes der Steuerfreiheit von 3 auf 5 M. Ferner beantragen wir, daß die 1. Abtheilung mindestens 10, die 2. mindestens 30 Proz. der Wähler zählen muß. Für die Einteilung der Wahlkreise darf nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die historische und soziale Zusammenhörigkeit maßgebend sein.

Berlin, 11. März. Für die heute beginnende zweite Lesung des Wahlgesetzes im Abgeordnetenhause waren alle Tribünenkarten völlig vergriffen. Die Polizei hatte Maßnahmen zur Verhütung von Unstimmigkeiten auf der Straße getroffen.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 10. März.

Abg. Zubeil (Soz.) bei Beratung der zweiten Lesung des Postgesetzes fortfahrend: In den oberen Stellen gibt es vollbesetzte Tafeln, während in den unteren Stellen die Frauen und Kinder zum Brotwerb herangezogen werden müssen. In Kassel wird ein ganz ungehöriger Druck auf die Unterbeamten ausgeübt, sich dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie anzuschließen. Außerhalb seines Dienstes muß jedem Beamten die volle politische Meinungsfreiheit gewährleistet werden. Wie auch bei der Post aus dem Vollen gewirtschaftet wird, das beweist der Fall bei dem Postamt in der Charlottenburgerstraße, wo ein Zimmer, für das 3000 M. Miete geboten wurde, als unentbehrlich nicht vermietet wurde. Das betreffende Zimmer steht aber noch heute, nach fünf Jahren, leer. Ich hätte noch Material für zwei Stunden (ohne rechts und große Heiterkeit), es gibt aber noch eine dritte Lesung, wo noch manches andere besprochen werden kann. Für heute mag's genug sein. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dröschner (kon.): Man braucht nicht zwei Stunden, um einen solchen Brei hier breit zu treten. Der Etat sollte nicht dazu benutzt werden, um die Begierde der Beamten aufs Neue anzustacheln. (Unruhe links.) Es darf niemals wieder ein Postetat mit einem Defizit wie im Jahre 1909 kommen. Kaufmännischer Geist mit vollständiger Rücksicht auf die Rentabilität läßt sich in einem staatlichen Betriebe nicht rein durchführen. Die Post muß ein musterträchtiges Verkehrsinstitut sein, aber auch ihr Bauplan muß ein Muster sein. Welche Ergebnisse hat die Tätigkeit der Kommission gehabt, welche im Vorjahre eine Vereinfachung im Dienstbetriebe herbeiführen sollte?

Abg. Naden (Zentr.): Erstlich ist die spärliche Ansetzung des Postetats. Die Post ist jedoch in erster Linie eine Verkehrseinrichtung. Wir werden verschiedene Wünsche aus früheren Jahren wiederholen, so z. B. betreffend die Reform der fiktiven Postfreiheit, die Sonntagsruhe, das Postzeitungswesen usw. Gegen die Schaffung eines Postbeirats haben wir nichts einzuwenden. Der Post wünschen wir einen weitaussehenden Geist, der nicht dem Verkehr nachhinkt, sondern ihn fördert.

Staatssekretär Kräfte: Der letztere Appell war nicht nötig, wir fördern den Verkehr nach Möglichkeit, aber finanzielle Rücksichten sprechen auch mit. Andere Länder denken auch nicht an eine Herabsetzung des Portos. Ich habe mit meiner Verwaltung mich der allgemeinen Politik des Reichsfanzlers einzufügen, nach dieser sollen wir keine neuen Stellen schaffen. Über Brieftelegraphen liegen noch nicht genügende Erfahrungen vor. Die Privattelephonie verdrängt neben der staatlichen, ohne daß wir ihr durch unsere Beamten Konkurrenz zu machen brauchen. Das Postzeitungswesen wird durch eine Novelle zum Pressegesetz neu geregelt werden. Auf eine Reihe von Einzelheiten kann ich nicht eingehen, ich kann nur feststellen, daß wir unsere Beamten und Arbeiter vor dem Sineintragen in unnötige Aufregungen schützen und energisch gegen Ausschreitungen vorgehen werden. Nach der amtlichen Auskunft der Kasseler Oberpostdirektion gehören nur verhältnismäßig wenig Postbeamte dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie an. Der Oberpostdirektor hat also offenbar keine Propaganda machen können.

Abg. West-Heidelberg (natl.): Sparamkeit an allen Ecken und Enden, das ist der Grundsatz bei der Ausarbeitung dieses Etats gewesen. Das zeigt sich in erster Linie bei der Einschränkung der Personalvermehrung. Leider werden dadurch zuerst die Unterbeamten betroffen. Bei der Neuregelung der Fernsprechgebührenordnung ist darauf zu sehen, daß nicht so hohe Gebühren erhoben werden, daß sie abschreckend wirken, andererseits aber darf die Verwaltung nicht mit Verlust arbeiten. Für den Weltpostverkehr sollte nach den Nachbarländern ein Zwischenporto eingeführt werden. Der von uns vorgeschlagene Postbeirat muß Gelegenheit haben, sich über alle einschlä-

gigen Verhältnisse zu informieren. Hinsichtlich der Postreform hätten wir eine Reihe kleinerer Wünsche.

Abg. Linz (Reichsp.): Die Schaffung eines Postbeirats würden wir begrüßen; dieser würde das Vertrauen der Bevölkerung finden.

Abg. Senda (Pole): Die Beamten müssen die Sprache der Bevölkerung, mit der sie zu tun haben, kennen; das ist aber in den polnischen Kreisen nicht der Fall. Auch wird die politische Gesinnung der Beamten kontrolliert. Für eine Ostmarkenzulage sind wir nicht zu haben.

Staatssekretär Kräfte: Ich halte meine vorjährige Behauptung aufrecht, daß wir nach der politischen Gesinnung der Beamten nicht forschen. In Kattowitz haben wir die Beamten, die wir für den Ort nicht für geeignet hielten, versetzt. Die Rentenempfänger müssen genau nach den in der Liste aufgeführten Regeln ausgezahlt werden. Von einem ständigen Beirat verspreche ich mir nichts.

Abg. Werner (Reformp.): Die Beförderung der mittleren Beamten läßt sehr zu wünschen übrig. Für die Unterbeamten und Arbeiter der Post muß viel mehr getan werden als bisher.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Die Resolution auf Anschaffung eines Postbeirats wird abgelehnt.

Nach Erledigung einiger weiterer Kapitel wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt; vorher Interpellation der Sozialdemokraten wegen Verhinderung des Dreptower Spaziergangs. Schluß 3/8 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 11. März.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation betr. die Verweigerung des Dreptower Spaziergangs.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Ledebour (Soz.) begründet die Interpellation und führt aus, der Hauptschuldige an dem System polizeilicher Willkür, wodurch die Versammlung verhindert wurde, hat in der Presse selbst uns Material zu seiner Belastung und die günstige Handhabung für die Interpellation geliefert. Die Bevölkerung wünscht im wachsenden Maße die Wahlrechtsvorlage demonstribativ zu verurteilen! Das Verbot des Polizeipräsidenten war ungeschicklich. Der Polizeipräsident meinte, im Parlament könnte genügend Kritik geübt werden. Für diese Unverschämtheit muß der Polizeipräsident sofort entlassen werden. (Der Präsident rügt den Ausdruck.) Die Polizei hat sofort auf die Menge eingebaut, sogar auf wehrlose Frauen und Kinder. (Redner wird zur Ordnung gerufen, da er der Rechten Schamlosigkeit vorwirft.) Ledebour schließt, wenn die Regierung den Polizeipräsidenten schützt, so haben wir es mit dem ganzen System der Regierung zu tun. Wir werden nicht aufhören, für das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für den Landtag einzutreten.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der ablehnende Bescheid des Polizeipräsidenten ist ordnungsmäßig erfolgt. Für den Dreptower Park ist die dortige Ortspolizeibehörde verantwortlich. Diese verhielt sich jedenfalls ablehnend und erludte den Polizeipräsidenten um Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Genehmigung von Versammlungen und Umzügen soll nur versagt werden, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht. In diesem Falle ist die Entscheidung des Obergerichtes abzuwarten. Was das Verhalten des Polizeipräsidenten betrifft, so ist der Präsident, wenn das Verbot zu Recht bestand, auch berechtigt, für seine Durchführung zu sorgen. Der Gang der Ereignisse hatte dem Präsidenten Recht gegeben. Es handelte sich keineswegs um einen harmlosen Spaziergang. Ich bin selbst im Tiergarten gewesen. (Bravo links. Minutenlang Heiterkeit.) Es heißt, Beamte seien zu scharf vorgegangen und unschuldige Frauen und Kinder seien gesundheitlich geschädigt worden. Darüber werden die preussischen Behörden zu entscheiden haben. Solche Vorgänge sind äußerst zu beklagen nicht nur im Interesse der Opfer, sondern auch im Interesse der Polizei, die wochenlang schweren Dienst gehabt hat, so daß ihre Nerven wohl nachlassen konnten. Die Verantwortung trifft aber in erster Linie diejenigen, die ohne Genehmigung den Umzug veranstaltet haben. (Lebhafter Beifall rechts, Lachen links.)

Auf Antrag des Abg. Vebel wird die Besprechung der Interpellation fast einstimmig beschlossen.

Aus Frankreich.

(Telegramme.)

Paris, 10. März. Senat. In der allgemeinen Beratung der Poltarifrevision führte Sulsfort aus, die vorgeschlagene Revision sei eine Folge der Erhöhung der Tarife, die sich in verschiedenen Ländern vollzogen habe. Redner untersuchte die Lage Frankreichs in bezug auf die ausländischen Märkte und stellte fest, daß die Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland sich vermehrt habe, aber die Zunahme lasse jetzt nach, die Deutschen hätten eine bessere Methode, indem sie die Ausfuhr subventionierten und die Kartellbildung begünstigten, um die Preise zu erhöhen und zu regeln. Frankreich habe sich ohne Protest vor der Erhöhung der Tarife anderer Länder gebeugt. Er glaube nicht, daß Frankreich Repressalien zu befürchten habe.

Zum weiteren Verlauf der Debatte über den Entwurf zum Schutz der Laienschulen erklärte Pion (lib.), wenn die Radikalen versuchen werden, die Rechte der Familienväter zu beeinträchtigen, so werden sie entschlossene Gegner vor sich finden. Nachdem noch Leas (fortschr. Rechte) empfohlen hatte, den Kampf gegen die Familienväter einzustellen, wurde die Sitzung aufgehoben. Auf der Tagesordnung für morgen steht die Interpellation über die Geschäftsführung der Liquidatoren.

Paris, 10. März. Deputiertenkammer. Bei der heutigen Beratung des Gesetzesentwurfs zum Schutz der Laienschulen machte Denis Cochin (konf.) der Regierung den Vorwurf, daß sie ein Gesetz gegen die Familienväter, gegen die Freiheit der Presse und gegen die freie Meinungsäußerung mache. Groussau (konf.) betonte das Recht der Katholiken, gegen die atheistische Lehre, welche die Gesellschaft bedrohe, Einspruch zu erheben.

Vom Balkan.

(Telegramme.)

Konstantinopel, 11. März. Der Besuch des Königs von Serbien in Konstantinopel wird in Anwesenheit des Ministers des Äußeren Milowanowitsch erfolgen. König Peter reist von Rußland direkt nach Konstantinopel. Die Regierung wird ihm ein Schiff zur Verfügung stellen. Ein Besuch des Königs von Bulgarien bei der Porte gewinnt an Wahrscheinlichkeit.

Sofia, 10. März. Der Gesandte der Türkei, Asim Bei, hatte gestern zwei Unterredungen mit dem Minister des Äußeren Paprikow. Wie in amtlichen Kreisen verlautet, fordert der Gesandte die Verstrafung der bulgarischen Offiziere und Mannschaften, die nach Feststellung der türkischen Kommissionen den letzten Grenzkonflikt bei Tamrajah provoziert hätten. Paprikow soll ausweichend geantwortet haben.

Sofia, 11. März. Die Sobranje hat den Antrag betr. Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Tätigkeit von Ministern der Stambulowischen Kabinette unter den Präsidents von Petkoff, Petrow und Gudew ohne Debatte angenommen.

Die Blätter veröffentlichten ein Interview des hier weilenden serbischen Ministers des Äußeren Milowanowitsch, der u. a. erklärte, er sei von seinem Besuche in Konstantinopel sehr befriedigt. Das Ergebnis sei die Erwartung einer günstigen Regelung des Handelsvertragsverhältnisses zwischen der Türkei und Serbien und die Hoffnung auf eine Entente auf politischem Gebiet.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 11. März.

Der Berliner Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus veranstaltet in der Zeit vom 29. März bis 2. April d. J. in der königlichen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin wissenschaftliche Vorlesungen zum Studium des Alkoholismus. In diesen Vorlesungen, die in diesem Jahre zum siebentenmal abgehalten werden und welche seither durch ihre Vielseitigkeit in hohem Maße anregend und erfolgreich gewirkt haben, werden die verschiedensten Gebiete aus Theorie und Praxis der Alkoholfrage von berufener fachmännischer Seite gründlich erörtert werden.

Anträge auf Teilnehmerkarten (M. 5.— für den Gesamtkursus von 18 Stunden, 50 Pf. für die einzelne, 75 Pf. für die Doppelstunde) und Programme, Anfragen oder Anmeldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus, z. B. von Frau Lisa Gerken-Zeitgebel, Berlin-Friedenau, Kubensstraße 37, oder an die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, Berlin W. 15.

(Dem Andenken der Königin Luise.) Am gestrigen Geburtstage der Königin Luise von Preußen, deren 100. Todestag am 19. Juli dieses Jahres bevorsteht, fand hier im großen Rathhause ein eindrucksvoller Gedächtnisaustausch statt, dem Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog, die Großherzogin Luise, die Großtochter der edlen Fürstin, sowie die Prinzessin Max bewohnten. Saal und Galerie waren dicht besetzt, auf dem Podium hatte inmitten einer Laubgruppe die Büste der vereinigten Königin Aufstellung gefunden. Die Gedenkrede hielt Gymnasialdirektor Geh. Hofrat Dr. Häußner, der in gedankenreichem Vortrag ein lichtvolles ergreifendes Bild der hehren Frauengestalt zeichnete, deren Weg in seinen letzten Teilen durch Tränen und Trübsal ging, die in ihrer reinen edlen Herzensgüte, ihrem hohen Sinn und ihrer Charakterstärke dem deutschen Volk das Vorbild wahrhaft weiblicher Größe und Hoheit geworden ist. Der Redner schilderte in hellen freundlichen Lichtbildern die Anmut der Jugend der Prinzessin u. das vorbildliche Erleben der Königin, dann die Lage der tiefsten Erniedrigung Deutschlands, in denen die hohe Frau bei der denkwürdigen Begegnung zu Tilsit dem harten Weltbezwinger Napoleon Achtung und Bewunderung abnötigte. Wenn auch ein früher Tod am 19. Juli 1810 sie in der Blüte der Jahre hinwegraffte, so lebte doch ihr Geist weiter in den Helden der Freiheitskämpfe und ihr Vorbild bleibt dem deutschen Volke eine Mahnung für alle Zeiten, neben dem klaren Blick für die realen Dinge des Lebens den

Sinn für die Ideale nicht zu verlieren und große Gedanken und ein reines Herz sich zu wahren. Die etwa stündliche Rede machte auf alle Anwesenden sichtlich den tiefsten Eindruck. Die höchsten Herrschaften unterhielten sich zum Schluß noch längere Zeit mit dem Redner, der herzlichen, dankbaren Beifall erteilte.

(Großherzogliches Hoftheater.) Morgen, Samstag den 12. März, wird das neue Lustspiel „Wenn der junge Wein blüht“, von Hofrat Dr. G. W. Schönbach, zum erstenmal aufgeführt. Die Rollen liegen in den Händen der Damen Delskamp, Droscher, Krauß, Frauendorfer, Friedlein, Helmuth, Müller, Moor, Siederle und der Herren Baumbach, Dapper, Herz, Schneider. Das Stück ist vom Intendanten in Szene gesetzt und einstudiert.

(Städtischer Voranschlag.) Nach dem soeben ausgegebenen Haushaltsvoranschlag der Stadt Karlsruhe betragen die Einnahmestellen für 1910 1 185 192 784 M. gegen 1 148 897 162 M. im Jahre 1909, sie haben also um 36 295 622 M. zugenommen. Ein Umlagepennig erbringt 95 743 M. gegen bisherige 92 739 M. Der ungedeckte Aufwand beträgt 3 844 508 M. Die Umlage würde unter diesen Verhältnissen 76,5 Pf. von 100 M. Grund-, Häuser- und Gewerbesteuerkapitalen, 8,8 Pf. von 100 M. Kapitalvermögen und 2 M. 29,5 Pf. von 100 M. Einkommensteuereinnahmen betragen.

(Vortrag des Heilsarmeegenerals Booth.) Gestern hatte hier die Heilsarmee ihren großen Tag, der greise Gründer, der 81jährige General Booth berührte auf seinen deutschen „Zeldzug“ nach Karlsruhe und hielt hier in der Festhalle den angekündigten Vortrag. Um 8 Uhr hatte sich der große Saal bereits gefüllt. Wohl zweitausend Personen mögen anwesend gewesen sein. Auf dem Podium saß ein Heilsarmeeoffizier am Flügel und spielte stimmungsvolle klassische Weisen. Punkt 8 nach 8 Uhr ertönte lautes Händeklatschen zur Begrüßung des Generals, dessen ehrwürdiges weißes Haupt mit den charakteristischen Zügen bald darauf auf dem Podium sichtbar wurde. Als Eröffnungslied wurde allen Anwesenden stehend „Großer Gott wir loben dich“ gesungen, es folgte nach Solospiel und Gebet ein Offizier machte die Mitteilung, daß Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog, die Großherzogin und die Großherzogin Luise auf die Einladungen huldvollst dankt und ihren Bedauern Ausdruck gegeben hätten, daß sie verhindert seien, die Versammlung zu besuchen. Darauf hielt General Booth seinen Vortrag über „Wahrheit, Gegenwart und Zukunft der Heilsarmee“ und entwickelte dabei eine bewundernswürdige Rührigkeit und Lebendigkeit; er sprach englisch, in lebhaften, energiegeladenen Sätzen, die sofort von einem Dolmetscher ins Deutsche übertragen wurden. Er sprach von dem Entschluß und Wenden der Heilsarmee, die Religion und Glauben dorthin zu tragen, wo sie bisher noch nicht existierten, die Herzen der Geirückten und Verkommenen, der Irren und Dürren. Viele dieser Verlorenen habe die Heilsarmee durch ihr Eingreifen gerettet, und zu brauchbaren guten Menschen gemacht. Den Hauptinhalt der Rede bildeten Einzelbeispiele und Beispiele aus seinem Leben und aus der Tätigkeit der Heilsarmee, deren mächtige Entwicklung der Gründer mit berechtigtem Stolz an der Hand statistischer Zahlen schilderte. Zum Schluß sprach er seine besondere Sympathie für Deutschland aus, das ihm auf seinen vielen Reisen sehr ans Herz gewachsen sei und auf das er den Segen Gottes herabschlechte. Er fühle sich halb als Deutscher und hätte sicher, wenn er nicht den guten Dolmetscher hätte, schon längst deutsch gelernt. Der außerordentlich sympathische Eindruck, den der greise General in seiner Rede, frischen und auch humorvollen Art auf alle Anwesenden machte, kam in lebhaftem Händeklatschen zum Ausdruck.

(Die Lohnfreiheit im hiesigen Schneidergewerbe) Durch Abschluß eines neuen Tarifvertrages, welcher den Mehrforderungen der Arbeitnehmer Rechnung trägt, in friedlicher Weise beigelegt worden.

(Bierpreise.) Die Vertreter der Brauereien und Gastwirtschaften hielten im Restaurant „Moninger“ eine Zusammenkunft ab, um die durch das neue Steuergesetz notwendig gewordene Bierpreisveränderung festzusetzen. Die Verhandlungen leitete Herr Direktor Moninger mit einer Darlegung der durch die Steuerreform gegebenen Verhältnisse ein, welche gegen die Preisveränderung unbedingt erforderlich machen. Diese Preisveränderung haben die Brauereien nach reiflicher Erwägung auf M. 2,50 pro Hektoliter festgesetzt. In Berücksichtigung aller das Brauereigewerbe bereits belastenden Abgaben angesichts der erhöhten Steuer bitte er die anwesenden Vertreter des Bierstandes um Annahme des Beschlusses. In der Diskussion gab der Präsident des Landesverbandes badischer Gastwirte Glahner bekannt, daß in einer am Vormittag abgehaltenen Vorversammlung von Vertretern der Gastwirtschaften Mittelbadens beschlossen wurde, nur einer Preisveränderung von 2 M. zuzustimmen mit der Begründung, daß bereits die Steuer selbst Dedung finden würde. Demgegenüber wies Herr Direktor Moninger nochmals auf die Wichtigkeit der neuen Steuer bereits bestehenden Abgaben hin. Herr Glahner besprach weiter die Frage des Detailverkaufs. Er betonte, daß die Birte für den Detailverkauf für 30 Pf. und 1/2 Liter für 12 Pf. zu verkaufen, jedenfalls unter 10 Pf., auch kein kleines Glas Bier abzugeben. In der Bewilligung einer zweiprozentigen Umlage für „Verschleiß“ würden die Birte ein Entschädigung für die Brauereien erbliden. Herr Brauereireferent Schrempf schlug vor, den Preisanschlag von 2,50 M. anzunehmen, wogegen die Brauereien dann mit den Wirten einen eigenen Wirtschaften einhalten wollen. Bevor eine Entscheidung erfolgte, gelangte in lebhafter Debatte die Preisfrage zur Verhandlung. Direktor Stephan Moninger gab hierzu bekannt, daß die Brauereien beschließen, den Preis für die 0,7 Literflasche um 2 Pf. zu erhöhen, also in Karlsruhe den Flaschenbierpreis von 15 auf

17 Pf. und den Mindestverkaufspreis ans Publikum auf 20 Pf. festzusetzen. Schließlich wurde der Vorschlag der Brauereien, den Bierpreis auf 2,50 M. pro Hektoliter festzusetzen, fast einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen angenommen und der Mindestverkaufspreis auf 12 Pf. für das 1/2 Liter Glas dunkles Lagerbier und 14 Pf. für das 1/2 Liter Glas helles Exportbier festgesetzt. Wo bisher schon 1/2 Liter Gläser für letzteres Bier üblich waren, ist ein solches Glas Bier künftig mindestens für 12 Pf. zu verkaufen. 1/2 Liter dunkles Lagerbier wird nicht unter 10 Pf. abgegeben. Im übrigen bleibt die nähere Regelung des Detailverkaufs der örtlichen Vereinbarung überlassen. Dieser Beschluß sieht also im allgemeinen einen Aufschlag von 2 Pf. für das Glas Bier vor.

(Aus dem Polizeibericht.) In letzter Zeit taucht bald da bald dort ein angeblicher A. Wiesenhofer alias Köhle aus Stuttgart auf, etwa 30 Jahre alt und 1,75 Meter groß, der bei Entgegennahme von Bestellungen auf Bilderergrößerungen Verwirrungen verübt. — Am 9. d. M. abends wurde im Durlacherwald ein etwa 12 Jahre altes Mädchen unter Umständen gesehen, nach welchen man annehmen könnte, daß es sich vertritt habe. Bis jetzt lief aber eine Anzeige nicht ein, wonach irgendwo ein Mädchen bemittelt wird.

S. Mannheim, 10. März. Die Budgetberatung, die gestern beginnen sollte, ist um eine Woche verschoben worden, weil die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen sind, in welcher Weise namentlich nach der Abschaffung der Luftfahrtssteuer und des Hundesteuerzuschlages das Gleichgewicht im Budget wieder hergestellt werden soll. Wie verlautet, sollen die Einkommensteuervorschläge statt mit dem sechsfachen mit dem siebenfachen Betrage herangezogen werden. Die Umlage brauchte dann nur von 32 auf 34 Pfennig erhöht zu werden und trotzdem würde noch ein Überschuß von 25 306 Mark verbleiben. Die höheren Einkommen würden dann 238 Pf. (bisher 210 Pf.) pro 100 Mark Steuerkapital, die Liegenschafts- und Betriebsvermögen etwas weniger, wie jetzt vorgeesehen, zahlen.

oc. Billingen, 10. März. Der badische Kleinbrauerbund beschloß in einer in Billingen stattgefundenen Versammlung ab 1. April einen Mindestaufschlag von 2 Mark pro Hektoliter Bier eintreten zu lassen. In einzelnen Gegenden wird die Erhöhung 2,50 Mark betragen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

*** Berlin, 11. März.** Da der neue französische Zolltarif am 1. März in Kraft tritt, ist den deutschen Exporteuren anzuraten, möglichst frühzeitig die Verwendung derjenigen Stücke vorzunehmen, die zu den alten Zollsätzen über die Grenze gehen sollen.

*** München, 11. März.** Seine königliche Hoheit der Prinzregent hat aus Anlaß seines Geburtstags eine Reihe von Auszeichnungen verliehen, darunter das Großkreuz des Verdienstordens der Bayerischen Krone, mit dem der Adel verbunden ist, an den Schriftsteller Paul Heyse in München.

*** Rom, 10. März.** Die Agenzia Stefani meldet aus Addis Abeba: Die Haltung mehrerer Häuptlinge und die Unzufriedenheit der Soldaten rufen eine gewisse Unruhe hervor. Das Oberhaupt der Provinz Harrar Deqano Abate unterwarf sich dem Befehl der Kaiserin und lieferte seine Artillerie dem Befehlshaber von Uoro Zelu aus. 5000 Mann, die telephonisch von der Kaiserin aus ihren Quartieren berufen wurden, sind hier eingetroffen.

*** Ottawa, 11. März.** Das Unterhaus hat die Gesetzesvorlage der Regierung betr. die Schaffung einer kanadischen Flotte angenommen.

*** Peking, 10. März.** Die Vorlage des Komitees zur Ausarbeitung konstitutioneller Gesetze über die Abschaffung der Sklaverei ist von der Regierung genehmigt worden. Von nun an ist der Verkauf und der Kauf von Menschen bei strengen Strafen verboten.

Verschiedenes.

Berlin, 10. März. Der Bundesrat erteilte dem Entwurf des Gesetzes zur Ausführung der revidierten Berner Einkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst seine Zustimmung.

Berlin, 11. März. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung brachte zum Polizeirat einen Antrag ein, in dem gegen die vom Polizeipräsidenten am 6. März verfügte Abperrung der Straßen und Plätze, sowie gegen die Verhinderung der Bevölkerung an der Benützung der Parkanlagen protestiert wird.

Leipzig, 11. März. Gestern nachmittag ist der Rektor der deutschen Meister, Prof. Dr. Karl Reimede, im 86. Lebensjahre gestorben. Seit 1860 in Leipzig anständig, wirkte er 40 Jahre lang als Dirigent der Gewandhauskonzerte, sowie als Lehrer und später als Direktor am Konservatorium.

Jena, 11. März. Der Geologe Emil Philipp, der durch seine Teilnahme an der Südpolarexpedition der „Gauß“ bekannt war, ist nach längerer Krankheit, 38 Jahre alt, in Assuan (Oberägypten) gestorben.

Chemnitz, 11. März. Der Leiter der hiesigen öffentlichen Handelslehre Professor Alschweig wurde heute früh in der Nähe von Selbersdorf ertrunken aufgefunden. Professor Alschweig stand im 66. Jahre und war seit 36 Jahren an der Anstalt tätig.

Stuttgart, 11. März. Die früheren Angehörigen des Manenregiments „König Karl“ veranstalteten im Mai eine Subsidionsfahrt nach Friedrichshafen zu ihrem früheren Regimentskommandeur, Grafen Zeppelin.

Wien, 11. März. Aus Faschoda ist vom früheren Präsidenten Roosevelt die Nachricht eingegangen, daß seine Ankunft bis zum 17. April zu erwarten sei.

Washington, 11. März. Der Generalanwalt hat sich dahin geäußert, daß die zwischen den amerikanischen und auswärtigen Gärten verkehrenden ausländischen Dampfer dem Gesetze unterworfen sind, welches die Korporationen mit 1 % der Nettoeinnahmen besteuert.

Batavia, 10. März. In Samarang ist eine Cholera-Epidemie ausgebrochen, die in bedrohlichem Charakter zunimmt. Die Durchschnittszahl der täglichen Todesfälle beträgt 20.

Familiennachrichten.

Todesfälle. Eva Budel, Ehefrau. — Friederike Stuhlmüller, Ehefrau. — Wilhelm, B.: Lorenz Winter, Uhrmacher. — Karoline Fertig, Witwe. — Frida Reinger, Fabrikarbeiterin, ledig. — Katharina Geiser, Ehefrau. — Katharina Sped, Witwe.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.
Samstag, 12. März. Abt. C. 44. Ab. Vorst. Zum erstenmal: „Wenn der junge Wein blüht“, Lustspiel in 3 Akten von Björnsterne Björnson. Anfang 7 Uhr.
Sonntag, 13. März. Abt. B. 43. Ab. Vorst. „Der Evangelist“, musikalisches Schauspiel in 2 Akten (3 Bildern) von Menzel. Anfang halb 7 Uhr, Ende 1/10 Uhr.

Z.B.M.H. Schneebesobachtungen. Infolge des warmen sonnigen Wetters ist der Schnee auf den Bergen in den letzten 8 Tagen stark zusammenschmolzen. Auf der Saar, in der Bodenseegegend, sowie im nördlichen Schwarzwald besteht keine geschlossene Schneedecke mehr. Am Morgen des 10. März (Donnerstag) sind noch gelegentlich Felsbergerhof 125, in Litzke 89, in Hohenstein 35, in St. Klaffen 5, in Gersbach 15, in Todtnauberg 56 und in Märgen 37 cm.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 11. März 1910.

Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern wesentlich umgestaltet. Ein Hochdruckgebiet lagert über dem Südoften Europas, ein zweites hat sich über dem Nordwesten mit einem Kern nördlich von Island entwickelt und zwischen beiden hindurch zieht eine Furche niedrigen Druckes, die Tiefminima über der Biscaya, Nordwestfrankreich, Oldenburg und der nördlichen Nordsee enthält. Das Wetter ist in Deutschland meist trüb und milde, Regen fällt nur im Nordwesten. Meist trübes und mildes Wetter mit Regenschauern ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 11. März, früh:

Lugano bedeckt 4 Grad, Biarritz bedeckt 9 Grad, Coruna bedeckt 6 Grad, Perpignan bedeckt 12 Grad, Nizza bedeckt 6 Grad, Triest heiter 7 Grad, Florenz bedeckt 4 Grad, Rom wolkenlos 8 Grad, Cagliari heiter 10 Grad, Brindisi wolkenlos 6 Grad, Gorta (Noren) wolkig 13 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. um	Therm. in C.	Abst. Feucht. in mm	Rel. Feucht. in Proz.	Wind	Witterung
10. Nachts 9 ^u 11.	748.9	8.6	5.8	69	Still	h. bedeckt
11. Morgs. 7 ^u 11.	749.3	4.9	5.5	84	E	Nebel
11. Mittags. 2 ^u 11.	747.6	14.7	5.6	46	„	bedeckt

Höchste Temperatur am 10. März 16,5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 4,0.

Niederschlagsmenge, gemessen am 11. März 7^u früh: 0,0 mm.

Wasserstand des Rheins am 11. März, früh: Schüttelinsel 2,00 m, gefallen 5 cm; Rehl 2,59 m, gefallen 4 cm; Maxau 4,33 m, gefallen 5 cm; Mannheim 3,84 m, gefallen 9 cm.

Verantwortlicher Redakteur: (in Vertretung von Julius Kay) Adolf Kersting, Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Wenn Sie Ihr Kind gesund, munter und geistig frisch sich entwickeln sehen wollen, so geben Sie ihm **Dr. Hommel's** Haematogen. Warnung: Man verlange ausdrücklich den Namen **Dr. Hommel.** Verkauf in allen Apotheken.

Die Mode in Herrenhüten

war bekanntlich in den letzten Jahren etwas entgleist und es dürfte daher ganz allgemein mit Freude begrüßt werden, daß die mannigfachen Kapageienarten derselben nunmehr wieder einem soliden Geschmack gewichen sind. Gleichzeitig mit der Farbenfrage ist auch der Kampf um die Vorherrschaft zwischen dem weichen und dem steifen Hut beendet. Beide sind heute gleichbedeutend und der Gentleman wird sie beide besitzen.

Bei dem legeren, weichen Hut, der immer die wirten wird, ist die schlanke, mittelhohe Einflügelform dominierend. Dieser schließt sich dann eine etwas niedrigere Form mit offenem Rand wie auch die sog. runde französische Form an, welche letztere freilich bei uns nur vereinzelt Liebhaber finden dürfte. Die Hauptgrundfarben der weichen Hute sind: Silber, Maulwurf- und Stahlgrau, sowie Hell- und Modebraun, und auf diesen Hauptgrundfarben basierend gibt es so viele Nuancen, daß jeder Geschmack auf seine Rechnung kommt. Ein Geschäft bedarf schon einer Riesenauswahl, wenn es hierin jedem Wünsche gerecht zu werden vermögen soll. Besondere Effekte werden erzielt durch gleichfarbige oder bezente, in der Farbe mehr oder weniger abweichende Bandornamente, durch deren Verschiedenartigkeit die an sich schon große Auswahl noch weiter vermehrt wird.

Für den vornehmen, stets eleganten steifen Hut ist Schwarz wie immer die Hauptfarbe, doch kommen auch Mittel-Modebraun, sowie Maulwurf- und Stahlgrau in Betracht. Eine schöne, mittelhohe Form mit halbrohem, teils flachem Rand ist für uns in erster Linie maßgebend, doch bringt das Ausland wie stets auch hierin wiederum Extreme, die sich besonders in einer sehr niedrigen Form zeigen. Ob diese unserer schönen, reichsamten Mode ernstlich Konkurrenz zu machen vermögen, wird sich freilich erst zeigen müssen. So ist die Herrenwelt auch in diesem Jahre wieder von Frau Mode reichlich bedacht und es bedarf seitens unserer einschlägigen Modeschöpfer schon bedeutender Anstrengungen, wenn sie allen Wünschen gerecht werden wollen. Deshalb wähle man beim Einkauf nur ein Spezialgeschäft, das hinsichtlich der Auswahl stets auf voller Höhe steht. Als solches aber ist das **Karlsruher Spezial-Hut-Modעהaus Wilhelm Reumer, Kaiserstraße 125/127**, das einen vorzüglichen Ruf weit über die Grenzen unserer engeren Heimat hinaus genießt, bekannt. Man beachte nur die sehr wertvollen, außerordentlich umfangreichen Auslagendeckungen dieses Geschäftshauses und man wird von der hohen Leistungsfähigkeit der Firma, die allen Anforderungen eines modernen Spezialgeschäfts zu entsprechen vermag, zweifellos überzeugt sein.

Bin seit heute ans
Telephonnetz unter Nr. 2829
 angeschlossen.
Dr. Morian,
 8914 Spezialarzt für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden.
 Karlsruhe Sofienstr. 38



Tennis
 Rackets,
 Netze und
 Bälle
 frisch eingetroffen
Alwin Vater
 Zirkel 32
 Telefon 236

(zwischen Zürich und Luzern), Schweiz.
Zug Töchter-Pensionat „Athene“
 in herrlicher gesunder Gegend, inmitten prächtigen Parks, Spielplätzen, mustergiltig eingerichtete Anstalt, Turnhalle, Bade- und Bootshaus. Moderne Sprachen. Individueller Unterricht. Kunstfächer.
 Mäßiger Pensionspreis. Illustr. Prosp. u. Referenzen durch die Direktion. F885

Gold. Medaille Paris 1900. Grosser Preis St. Louis 1904.
Langjähriger, glänzender Erfolg!
KALODERMA
 ZUR
Schönheitspflege der Haut!
 Trotz aller Nachahmungen unerreicht!
 In allen Kulturstaaten im Gebrauch!

Kaloderma-Gelée wirkt sofort lindernd und glättend bei rissiger Haut. Fettet nicht, da ohne Öl und Fett bereitet.
 Preis 50 Pf. und 1 Mk.

Kaloderma-Seife mit Glycerin und Honig bereitet, unübertroffen zur Erhaltung einer hellen und zarten Haut.
 Preis 50 Pf., 3 St. 1.40 Mk.

Kaloderma-Reispuder Beliebtes Toilettemittel. Schmiegt sich der Haut auf das innigste an.
 Preis 50 Pfg. und 1 Mk.

Kaloderma-Rasierseife steht durch Zusatz von Kaloderma-Gelée an der Spitze sämtlicher Rasierseifen-Fabrikate.
 in Aluminium-Hülsen Preis 1 Mk.

F. Wolff & Sohn, Hoflieferanten, Karlsruhe.
 Zu hab. in Apothek., Parfümerien, Drog. u. Friseurgesch.

Bürgerliche Rechtsstreite.
 Öffentliche Zustellung einer Klage.
 F.966.2.1. Nr. 1. 1296. Karlsruhe.
 Friedrich Siebler, Wirt „zum Rheinischen Hof“ in Karlsruhe, Adlers-
 straße 9, Prozeßbevollmächtigter:
 Rechtsanwalt Kintowitrom in Karlsruhe,
 klagt gegen seine Ehefrau,
 Bertha Amalie geb. Sturm, früher
 zu Karlsruhe, jetzt unbekanntem Auf-
 enthalte, auf Grund des § 1565
 B.G.B. mit dem Antrage auf Schei-
 dung der am 18. Mai 1897 in Karlsruhe
 geschlossenen Ehe der Parteien
 aus Verschulden der Beklagten.
 Der Kläger ladet die Beklagte zur
 mündlichen Verhandlung des Rechts-
 streits vor die I. Zivilkammer des
 Grobsh. Landgerichts zu Karlsruhe auf
 Dienstag den 31. Mai 1910,
 vormittags 9 Uhr,
 mit der Aufforderung, einen bei dem
 gedachten Gerichte zugelassenen An-
 walt zu bestellen.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zu-
 stellung wird dieser Auszug der Klage
 bekannt gemacht.
 Karlsruhe, den 7. März 1910.
 Schweinfurt,
 Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Bekanntmachung.
 F.948. Freiburg. In dem Kon-
 kursverfahren über das Vermögen des
 Glasfabrikanten Georg Adolf dahier
 soll Schlussverteilung in Höhe von
 9.53 Prozent stattfinden, wozu 1725
 M. 07 Pf. verfügbar sind. Hierbei
 sind zu berücksichtigen 64 M. 07 Pf.
 bevorrechtigte und 17.414 M. 39 Pf.
 nichtbevorrechtigte Forderungen.
 Der Verteilungsplan liegt bei der
 Gerichtsschreiberei 5 des Grobsh. Amts-
 gerichts Freiburg i. Br. zur Einsicht
 offen.
 Freiburg, den 8. März 1910.
 A. Kuhn, Konkursverwalter.

Konkursverfahren.
 F.945. Nr. 2980. Eberbach. In dem
 Konkursverfahren über das Vermögen
 des Maurermeisters Christian Ger-
 mann in Eberbach-N.-B., ist Termin
 zur Anhörung einer Gläubigerver-
 sammlung über den Antrag des Kon-
 kursverwalters auf Einstellung des
 Konkursverfahrens bestimmt auf:
 Mittwoch den 23. März 1910,
 vormittags 11 Uhr.
 Eberbach, den 7. März 1910.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Heinrich.

Konkursverfahren.
 F.963. Nr. 3006. Eberbach. In dem
 Konkursverfahren über das Ver-
 mögen des Müllers Friedrich Rupp
 jung in Eberbach ist zur Annahme
 der Schlussrechnung des Verwalters,
 zur Erhebung von Einwendungen
 gegen das Schlussverzeichnis der bei
 der Verteilung zu berücksichtigenden
 Forderungen und zur Beschluß-
 fassung der Gläubiger über die nicht
 vertretbaren Vermögensstücke der
 Schlusstermin auf
 Mittwoch den 6. April 1910,
 vormittags 11 Uhr,
 vor dem Grobsh. Amtsgerichte hie-
 selbst — Zimmer Nr. 1 — bestimmt.
 Die Schlussrechnung nebst Belegen
 und Schlussverzeichnis sind auf der
 Gerichtsschreiberei niedergelegt.
 Eberbach, den 8. März 1910.
 Heinrich,
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.
 F.948. Freiburg. In dem Kon-
 kursverfahren über das Vermögen des
 Glasfabrikanten Georg Adolf dahier
 soll Schlussverteilung in Höhe von
 9.53 Prozent stattfinden, wozu 1725
 M. 07 Pf. verfügbar sind. Hierbei
 sind zu berücksichtigen 64 M. 07 Pf.
 bevorrechtigte und 17.414 M. 39 Pf.
 nichtbevorrechtigte Forderungen.
 Der Verteilungsplan liegt bei der
 Gerichtsschreiberei 5 des Grobsh. Amts-
 gerichts Freiburg i. Br. zur Einsicht
 offen.
 Freiburg, den 8. März 1910.
 A. Kuhn, Konkursverwalter.

Konkursverfahren.
 F.946. Nr. 1946. Karlsruhe. Das
 Konkursverfahren über das Vermögen
 des Instrumentenmachers Ernst
 Bed in Karlsruhe, wurde nach Ab-
 haltung des Schlusstermins und nach
 Vollzug der Schlussverteilung durch
 Beschluß Grobsh. Amtsgerichts I vom
 3. März 1910 aufgehoben.
 Karlsruhe, den 7. März 1910.
 Paulus,
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts I.

Konkursverfahren.
 F.923. Nr. A 4843. Konstanz. In
 dem Konkursverfahren über das Ver-
 mögen des Architekten Erwin Selff
 in Konstanz ist Termin zur Prüfung
 der nachträglich angemeldeten For-
 derung bestimmt auf
 Mittwoch, den 30. März 1910,
 vormittags 9 Uhr.
 Konstanz, den 2. März 1910.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Vogel.

Konkursverfahren.
 F.924. Nr. A 5005. Konstanz. Das
 Konkursverfahren über das Vermögen
 des Obst- und Gemüsehändlers Hein-
 rich Ig von Konstanz wurde nach
 Abhaltung des Schlusstermins und
 Vornahme der Schlussverteilung durch
 Gerichtsbeschluß vom heutigen auf-
 gehoben.
 Konstanz, den 3. März 1910.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Vogel.

Konkursverfahren.
 F.905. Mannheim. In dem Kon-
 kursverfahren über das Vermögen des
 Architekten Friedrich Hartmeier in
 Mannheim ist zur Prüfung der nach-
 träglich angemeldeten Forderungen
 Termin auf
 Freitag, den 1. April 1910,
 vormittags 9 Uhr,
 vor dem Grobsh. Amtsgericht hier selbst,
 2. Stod, Zimmer Nr. 113, Saal C
 anberaunt.
 Mannheim, den 5. März 1910.
 Besserer,
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 12.

Konkursverfahren.
 F.975. Nr. 2009 Mannheim. In dem
 Konkursverfahren über das Ver-
 mögen des Fabrikanten Adolf Braun
 in Mannheim-Neudorf ist Termin
 zur Abnahme der Schlussrechnung
 und zur Erhebung von Einwen-
 dungen gegen das Schlussverzeichnis be-
 stimmt auf
 Dienstag den 5. April 1910,
 vormittags 11 Uhr,
 II. Stod, Zimmer 112, Saal B.
 Mannheim, den 8. März 1910.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 6.

Bekanntmachung.
 F.965. Freiburg. Im Konkurs-
 verfahren über das Vermögen des Sattler-
 meisters Heinrich Schöllin hier soll
 die Schlussverteilung erfolgen. Dazu
 sind M. 2246,59 verfügbar. Zu be-
 rücksichtigen sind M. 110,85 bevor-
 rechtigte und M. 26.326,21 nicht be-
 vorrechtigte Forderungen.
 Das Schlussverzeichnis liegt auf
 der Gerichtsschreiberei III des Grobsh.
 Amtsgerichts Freiburg zur Einsicht
 auf.
 Freiburg i. Br., den 9. März 1910.
 Der Konkursverwalter:
 S. Dittel, Rechtsanwalt.

Konkursverfahren.
 F.946. Nr. 1946. Karlsruhe. Das
 Konkursverfahren über das Vermögen
 des Instrumentenmachers Ernst
 Bed in Karlsruhe, wurde nach Ab-
 haltung des Schlusstermins und nach
 Vollzug der Schlussverteilung durch
 Beschluß Grobsh. Amtsgerichts I vom
 3. März 1910 aufgehoben.
 Karlsruhe, den 7. März 1910.
 Paulus,
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts I.

Konkursverfahren.
 F.923. Nr. A 4843. Konstanz. In
 dem Konkursverfahren über das Ver-
 mögen des Architekten Erwin Selff
 in Konstanz ist Termin zur Prüfung
 der nachträglich angemeldeten For-
 derung bestimmt auf
 Mittwoch, den 30. März 1910,
 vormittags 9 Uhr.
 Konstanz, den 2. März 1910.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Vogel.

Konkursverfahren.
 F.924. Nr. A 5005. Konstanz. Das
 Konkursverfahren über das Vermögen
 des Obst- und Gemüsehändlers Hein-
 rich Ig von Konstanz wurde nach
 Abhaltung des Schlusstermins und
 Vornahme der Schlussverteilung durch
 Gerichtsbeschluß vom heutigen auf-
 gehoben.
 Konstanz, den 3. März 1910.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Vogel.

Konkursverfahren.
 F.905. Mannheim. In dem Kon-
 kursverfahren über das Vermögen des
 Architekten Friedrich Hartmeier in
 Mannheim ist zur Prüfung der nach-
 träglich angemeldeten Forderungen
 Termin auf
 Freitag, den 1. April 1910,
 vormittags 9 Uhr,
 vor dem Grobsh. Amtsgericht hier selbst,
 2. Stod, Zimmer Nr. 113, Saal C
 anberaunt.
 Mannheim, den 5. März 1910.
 Besserer,
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 12.

Konkursverfahren.
 F.975. Nr. 2009 Mannheim. In dem
 Konkursverfahren über das Ver-
 mögen des Fabrikanten Adolf Braun
 in Mannheim-Neudorf ist Termin
 zur Abnahme der Schlussrechnung
 und zur Erhebung von Einwen-
 dungen gegen das Schlussverzeichnis be-
 stimmt auf
 Dienstag den 5. April 1910,
 vormittags 11 Uhr,
 II. Stod, Zimmer 112, Saal B.
 Mannheim, den 8. März 1910.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 6.

Konkursverfahren.
 F.894. Waldkirch. In dem Kon-
 kursverfahren über das Vermögen der Hän-
 dlerin Frau Georg Herr geb. Gehring
 in Elzach soll Schlussverteilung er-
 folgen, wozu M. 548,55 verfügbar
 sind.
 Nach dem auf der Gerichtsschreiberei
 hier aufliegenden Schlussverzeichnis
 sind M. 318,40 absonderungsberech-
 tigte und M. 2205,02 nichtbevorrechtigte
 Forderungen zu berücksichtigen.
 Waldkirch, den 5. März 1910.
 Der Konkursverwalter:
 Joseph Rau.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
 Entmündigung.
 F.962. Nr. 2135. Freiburg. Durch
 Beschluß vom 7. d. M. wurde der
 36 Jahre alte Landwirt Max Rom-
 bach in Kirchgarten wegen Trunk-
 sucht entmündigt.
 Freiburg, den 7. März 1910.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts I.
 Bietenmeyer.

Vermischte Bekanntmachungen.
Schreibegeldstellenstelle
 mit 700 M. Jahresvergütung ist auf
 1. April d. J. zu besetzen. Bewerber
 wollen sich melden.
 F.979
 Endingen, den 10. März 1910.
 Grobsh. Notariat:
 Schreiber.

Ruhholz-Versteigerung.
 Das Grobsh. Forstamt St. Blasien
 versteigert am Dienstag den 15.
 März, vormittags 10 Uhr, im Felsen-
 feller in St. Blasien 852 Nadel-
 holzstämme und -Abschnitte mit
 640 fm.
 F.963

Bauarbeiten-Bergebung.
 Für den Stodaufbau des hiesigen
 städtischen Instituts Heidelberg sollen nach-
 folgende Arbeiten im Wege öffent-
 licher Angebots nach Maßgabe der
 Verordnungs-Grobsh. Ministeriums
 der Finanzen vom 3. Januar 1907
 vergeben werden.
 1. Mauerarbeit
 2. Zimmerarbeit
 3. Dachdeckerarbeit
 4. Schmiedearbeit
 5. Walzeisenlieferung
 6. Blechearbeit
 7. Hilfsarbeiten.
 Arbeitsauszüge werden von Don-
 nerstag den 10. März bis einschließ-
 lich Samstag den 19. März d. J. je-
 weils vormittags von 10—12 Uhr
 und nachmittags von 3—6 Uhr un-
 entgeltlich auf Zimmer Nr. 3 unserer
 Geschäftsräume, Sophienstraße Nr.
 21, abgegeben, wo auch die Bedin-
 gungen und Zeichnungen eingesehen
 werden können.
 F.913.3.2.
 Die Angebote sind auszureichen,
 mit entsprechender Aufschrift versehen,
 verschlossen und portofrei, spätestens
 bis Mittwoch den 23. März 1910, vor-
 mittags 9 Uhr, bei unterzeichneter
 Stelle eingzureichen, zu welchem Zeit-
 punkt die Eröffnung in Gegenwart
 der etwa erschienenen Bewerber er-
 folgen wird.
 Zuschlagsfrist 3 Wochen.
 Heidelberg, den 8. März 1910.
 Grobsh. Bezirksbauinspektion.

Bergebung v. Hochbauarbeiten.
 Zum inneren Ausbau der drei
 Dienstwohngebäude für je 12 Weid-
 wärter bei der Feudenheimer Stra-
 ßenüberführung im neuen Mannheimer
 Rangierbahnhof sollen die nachbe-
 zeichneten Bauarbeiten nach der Ver-
 ordnung des Grobsh. Ministeriums
 der Finanzen vom 3. Januar 1907
 öffentlich vergeben werden.
 Die Arbeiten für 1 Gebäude um-
 fassen:
 I. Mauerarbeiten:
 150,00 qm Fenster mit Beschlägen,
 110,00 qm Kastenfenster mit Beschlägen.
 II. Schreinerarbeiten:
 700 qm Fußboden,
 5,00 qm Hauseingangstüren,
 45 qm Glasabtschlüsse,
 70 Stück Zimmertüren,
 50 qm Fensterbrünnungen,
 50 qm Rolladenkasten,
 750 qm Fußlambris.
 III. Schlosserarbeiten:
 Beschlagen von:
 2 Stück Eingangstüren,
 12 Stück Glasabtschlüssen,
 70 Stück Zimmertüren.
 IV. Rolladenlieferung:
 115 qm Rolladen,
 48 Stück Ausstellvorrichtungen.
 V. Linderarbeiten:
 2000 qm dreimaliger Disfarbanstrich
 1200 qm Feinfarbanstrich.
 Die Zeichnungen, das Bedingungs-
 heft und die Angebotsvorbrude, die
 nicht nach auswärtig besandt werden
 liegen auf unserm Hochbauamt
 Große Werzelsstraße Nr. 7, I. Stod,
 rechts, während der üblichen Geschäfts-
 stunden auf, wo auch die Angebots-
 vorbrude zum Einsenden der Einzel-
 preise erhoben werden können.
 Die Angebote sind spätestens bis
 der öffentlichen Verhandlungsverhand-
 lung am 19. März 1910, vormittags
 10 Uhr, verschlossen, portofrei und mit
 der Aufschrift: „Dienstwohngebäude
 bei der Feudenheimer-Brücke“ ver-
 sehen, bei uns eingzureichen.
 Die Zuschlagsfrist beträgt drei
 Wochen.
 Mannheim, den 2. März 1910.
 Grobsh. Bauinspektion.

Bersteigerung von Forderungen.
 Die Forderungen und unbestellte
 Frachtgüter vom 4. Vierteljahr 1909
 darunter 3 Fahrräder, 1 Motorwagen,
 1 Theodolit mit Stativ und
 Nivelierlatte, 1 Prismen-Feldstecher
 werden am Dienstag den 15. März
 d. J., vormittags 8 Uhr und nach-
 mittags 2 Uhr beginnend, in unserer
 Versteigerungsraum (Eingang beim
 Entlinger Bahnhofsübergang) gegen
 Zahlung öffentlich versteigert.
 Die oben besonders genannten
 Gegenstände sowie die Schmuckgüter
 und Uhren usw. werden von 11 Uhr
 mittags ab ausboten.
 Ferner werden am Mittwoch
 16. März d. J., nachmittags 2 Uhr
 beginnend, im Hauptmagazin
 (Eingang Wielandstraße) etwa
 100 Lose alte Rifen, Körbe, Holzstühle
 sowie nachmittags 4 Uhr beginnend
 im Hauptmagazin III (Eingang
 lacher Allee, bei der Talgasse)
 etwa 60 Lose Holzabfälle, Rest-
 linge usw. öffentlich gegen Bar-
 zahlung versteigert.
 F.920.3.
 Karlsruhe, den 7. März 1910
 Grobsh. Verwaltung der Eisen-
 magazine.

Hochfeuerfeste Steine und Tone
 jeder Art, — vorzüglich — billigst. D885
 Schamottewerke Fliesen-Grünstadt, Rhpf.

Nürnberger Geld-Lotterie
 zur Wiederherstellung der St. Lorenzkirche in Nürnberg.
 Ziehung am 7. und 8. April 1910.
 6319 Geldgewinne Mark:

150000
 Hauptgewinne bar ohne Abzug:

50000 M.
20000 M.
10000 M.
 etc. etc. etc.
 Lose à M. 3.— Porto und Liste
 30 Pfg. extra.
 Zu beziehen durch die Generalagentur
 Eberhard Fetzer, Stuttgart, Kanzleistr. 20. F865

Residenz-Theater
 Waldstrasse 30

Programm
 von Samstag den 12., Sonntag den 13.,
 Montag den 14. und Dienstag den
 15. März 1910, ununterbrochen von
 nachmittags 3 bis abends 11 Uhr.
Reigentänze. Herrliches Tonbild.
Ein Sturm im Hafen von Gas-
cogne. Wunderbares Naturbild.
Von Lourdes nach Gavnarnie.
 Wunderbares Reisebild. Bilder-
 Reihenfolge ausführlich auf dem
 Programm. F.998
Die Herzöge von Tolfa. Großes
 historisches Drama.
Eine Fledermausjagd in Su-
matra. Herrliches Naturbild.
 Prachtvolle Farbenphotographien.

Färberei
 und chem.
Wäscherei
 vormals
Ed-Printz

empfehlte sich zum
Reinigen u. Färben
 von **Vorhängen** aller
 Art., **Möbelstoffen**,
Portieren usw.
 Telefon Nr. 65.